

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 12. Oktober 1993

251. Stück

680. Kundmachung: Geltungsbereich des Statuts der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht
681. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
682. Kundmachung: Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen
683. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
684. Kundmachung: Geltungsbereich des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen
685. Abänderungsvorschlag zu Artikel 1 des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen
(NR: GP XVIII RV 1060 AB 1182 S. 127. BR: AB 4580 S. 573.)
686. Internationale Vereinbarung über die Nutzung von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen innerhalb des Küstenmeeres und in Häfen

680. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Statuts der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht

Nach Mitteilung der Niederländischen Regierung hat Marokko am 6. September 1993 seine Annahmeerkunde zum Statut der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (BGBl. Nr. 21/1967, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 549/1993) hinterlegt.

Vranitzky

681. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Ungarn am 13. Juli 1993 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. Nr. 41/1969, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 178/1993) hinterlegt.

Ungarn hat anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgende Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

Vorbehalte

Artikel 2

Ungarn behält sich das Recht vor, Rechtshilfe nur für jene Verfahren zu leisten, die im Hinblick auf solche strafbaren Handlungen eingeleitet wurden, die auch nach ungarischem Recht strafbar sind.

Artikel 13 Absatz 1

Auszüge oder Auskünfte aus dem Strafregister werden nur in bezug auf eine Person erteilt, die beschuldigt oder vor Gericht gestellt wurde.

Artikel 13 Absatz 2

Die in diesem Absatz genannte Rechtshilfe kann durch Ungarn nicht geleistet werden.

Erklärungen

Artikel 5 Absatz 1

Durchsuchung und Beschlagnahme werden in Ungarn nur unter der in lit. c festgelegten Bedingung durchgeführt.

Artikel 7 Absatz 3

Ladungen für in Ungarn aufhältige Personen werden nur zugestellt, wenn die Ladungen der zuständigen ungarischen Behörde mindestens 40

Tage vor dem für das Erscheinen festgesetzten Zeitpunkt übermittelt werden.

Artikel 15 Absatz 6

Ungarn erklärt, daß an seine Justizbehörden gerichtete Rechtshilfeersuchen dem Justizministerium übermittelt werden müssen.

Artikel 16

Eine Übersetzung des Rechtshilfeersuchens und der beigeschlossenen Schriftstücke entweder ins Ungarische oder in eine der offiziellen Sprachen des Europarates wird verlangt, sofern diese nicht in einer dieser Sprachen abgefaßt worden sind.

Artikel 22

Ungarn erklärt, daß es die anderen Vertragsparteien nicht automatisch von den in diesem Artikel bezeichneten strafrechtlichen Verurteilungen und nachfolgenden Maßnahmen benachrichtigen wird.

Artikel 24

Für die Zwecke dieses Übereinkommens sind in Ungarn als Justizbehörden zu betrachten:

Gerichte, Staatsanwaltschaften, das Justizministerium und die Generalstaatsanwaltschaft.

Vranitzky

682. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Ungarn am 13. Juli 1993 seine Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. Nr. 296/1983, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 164/1992) hinterlegt.

Vranitzky

683. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Auslieferungsübereinkommens

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Ungarn am 13. Juli 1993 seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen (BGBl. Nr. 320/1969, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 538/1993) hinterlegt.

Anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde hat Ungarn folgende Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

Vorbehalte

Artikel 1

Ungarn wird die Auslieferung nicht bewilligen, wenn die verlangte Person vor ein Ausnahmegericht gestellt würde oder die Auslieferung zur Vollstreckung einer durch ein solches Gericht verhängten Strafe oder Anhaltung führen würde. Ungarn behält sich weiters das Recht vor, die Auslieferung aus humanitären Gründen abzulehnen, wenn dies für die verlangte Person eine besondere Härte verursachen würde, zum Beispiel wegen ihrer Jugend, ihres fortgeschrittenen Alters oder ihres Gesundheitszustandes oder unter Bedachtnahme auch auf die Art der strafbaren Handlung und die Interessen des ersuchenden Staates wegen jedes anderen, diese Person betreffenden Umstandes.

Artikel 6

a) Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 a des am 10. Februar 1947 in Paris abgeschlossenen Friedensvertrages wird Ungarn die Auslieferung eigener Staatsangehöriger nicht bewilligen.

b) Ungarn behält sich das Recht vor, die Auslieferung von Personen mit ständigem Wohnsitz in Ungarn abzulehnen.

Artikel 11

Ungarn wird die Auslieferung ablehnen, wenn sie zur Vollstreckung der Todesstrafe oder zur Verfolgung einer Person begehrt wird, die wegen einer mit Todesstrafe bedrohten strafbaren Handlung beschuldigt wird. Gleichwohl kann die Auslieferung hinsichtlich einer strafbaren Handlung bewilligt werden, die nach dem Gesetz des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bestraft werden kann, wenn dieser Staat zustimmt, daß die Todesstrafe im Falle ihrer Verhängung nicht vollstreckt wird.

Erklärungen**Artikel 16 Absatz 2**

Im Falle der vorläufigen Auslieferungshaft verlangt Ungarn auch eine kurze Darstellung jenes Sachverhaltes, dessen die verlangte Person beschuldigt wird.

sofern diese nicht in einer dieser Sprachen abgefaßt sind.

Vranitzky

Artikel 21 Absatz 2

Ungarn wird die Durchlieferung eigener Staatsangehöriger und Personen mit ständigem Wohnsitz in Ungarn ablehnen.

684. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Ungarn am 13. Juli 1993 seine Ratifikationsurkunde zum Zweiten Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen (BGBl. Nr. 297/1983, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 539/1993) hinterlegt.

Vranitzky

Artikel 23

Ungarn erklärt, daß es eine Übersetzung des Auslieferungsersuchens und der beigeschlossenen Schriftstücke entweder ins Ungarische oder in eine der offiziellen Sprachen des Europarates verlangt,

685.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Convention on the Control and
Marking of Articles
of Precious Metals

Proposed Amendment of Article 1 of the Convention on the Control and Marking of Articles of Precious Metals

(Proposal adopted by the Standing Committee at its thirtieth meeting held in Geneva on 4 February 1992)

Present Article 1, paragraph 1

1. Legal provisions of a Contracting State which require articles of precious metals to be assayed by an authorized body and to be marked with official stamps so as to indicate that they have been satisfactorily assayed, or require such articles to be marked so as to indicate the sponsor, the nature of the metal or the standard of fineness, shall be deemed to be satisfied in respect of **articles of precious metals imported from the territory of another Contracting State** if such articles have been controlled and marked in accordance with the provisions of this Convention.

Proposed amendment

1. Legal provisions of a Contracting State which require articles of precious metals to be assayed by an authorized body and to be marked with official stamps so as to indicate that they have been satisfactorily assayed, or require such articles to be marked so as to indicate the sponsor, the nature of the metal or the standard of fineness, shall be deemed to be satisfied in respect of **imported articles of precious metals** if such articles have been controlled and marked in accordance with the provisions of this Convention **in one of the Contracting States**.

1. Les dispositions légales d'un Etat Contractant prescrivant que les ouvrages en métaux précieux doivent être contrôlés par une instance autorisée et marqués des poinçons officiels attestant que les essais effectués sont satisfaisants ou prescrivant que ces ouvrages soient munis des poinçons indiquant le responsable, le genre de métal ou le titre, seront réputés observées pour ce qui est des **ouvrages en métaux précieux importés du territoire d'un autre Etat Contractant**, si ces ouvrages ont été contrôlés et poinçonnés conformément aux dispositions de la présente Convention.

1. Les dispositions légales d'un Etat Contractant prescrivant que les ouvrages en métaux précieux doivent être contrôlés par une instance autorisée et marqués des poinçons officiels attestant que les essais effectués sont satisfaisants ou prescrivant que ces ouvrages soient munis des poinçons indiquant le responsable, le genre de métal ou le titre, seront réputés observées pour ce qui est des **ouvrages en métaux précieux importés**, si ces ouvrages ont été contrôlés et poinçonnés conformément aux dispositions de la présente Convention **dans un des Etats Contractants**.

(Übersetzung)

Übereinkommen betreffend
die Prüfung und Bezeichnung
von Edelmetallgegenständen

Abänderungsvorschlag zu Artikel 1 des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen *)

(Vorschlag angenommen durch den Ständigen Ausschuss anlässlich seiner 30. Tagung in Genf am 4. Februar 1992)

Gegenwärtiger Artikel 1 Absatz 1

1. Die gesetzlichen Bestimmungen eines Vertragsstaates, die die Prüfung von Edelmetallgegenständen durch ein ermächtigtes Organ und deren Bezeichnung mit amtlichen Punzen als Zeichen dafür vorschreiben, daß diese entsprechend geprüft worden sind, oder die die Bezeichnung solcher Gegenstände mit der Angabe des Verantwortlichen, der Art des Metalles oder des Feingehaltes vorschreiben, gelten in bezug auf die aus dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates eingeführten Edelmetallgegenstände als erfüllt, wenn diese Gegenstände gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens geprüft und bezeichnet worden sind.

Vorgeschlagene Abänderung

1. Die gesetzlichen Bestimmungen eines Vertragsstaates, die die Prüfung von Edelmetallgegenständen durch ein ermächtigtes Organ und deren Bezeichnung mit amtlichen Punzen als Zeichen dafür vorschreiben, daß diese entsprechend geprüft worden sind, oder die die Bezeichnung solcher Gegenstände mit der Angabe des Verantwortlichen, der Art des Metalles oder des Feingehaltes vorschreiben, gelten in bezug auf eingeführte Edelmetallgegenstände als erfüllt, wenn diese Gegenstände in einem anderen Vertragsstaat gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens geprüft und bezeichnet worden sind.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Annahmeerkunde wurde am 3. Jänner 1990 bei der Regierung Schwedens hinterlegt; die Änderung ist gemäß Art. 11 Abs. 5 des Übereinkommens mit 16. August 1993 in Kraft getreten.

Vranitzky

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 38/1990.

686.

(Übersetzung)

INTERNATIONAL
AGREEMENT ON THE
USE OF INMARSAT SHIP
EARTH STATIONS
WITHIN THE TERRITO-
RIAL SEA AND PORTS

Preamble

The States Parties (hereinafter referred to as "Parties") to this Agreement;

Desiring to achieve the objectives envisaged in Recommendation 3 of the International Conference on the Establishment of an International Maritime Satellite System, 1975—1976, and

Having decided to improve the distress and safety of life at sea communications, and the efficiency and management of ships,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) Pursuant to the provisions set forth in this Agreement and in accordance with navigational rights established under international law, Parties shall permit in their territorial seas and ports the operation of approved ship earth stations appertaining to the maritime space communication system provided by the International Maritime Satellite Organization (INMARSAT) and properly installed aboard ships flying the flag of any other party (hereinafter referred to as "INMARSAT Ship Earth Stations").

(2) Such permission shall at all times be restricted to the use of maritime mobile-satellite frequencies by the INMARSAT Ship Earth Station and shall be subject

PROJET D'ACCORD IN-
TERNATIONAL SUR
L'UTILISATION DES STA-
TIONS TERRIENNES IN-
MARSAT DE NAVIRES
DANS LES LIMITES DE LA
MER TERRITORIALE ET
DES PORTS

Preamble

Les Etats Parties (ci-après dénommés «Parties») au présent Accord,

Souhaitant atteindre les objectifs prévus par la Recommandation 3 de la Conférence internationale relative à la création d'un système international de télécommunications maritimes par satellites, 1975—1976, et

Ayant décidé d'améliorer les communications pour la sauvegarde de la vie en mer ainsi que l'efficacité et la gestion des navires,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

1. Conformément aux dispositions prévues par le présent Accord et dans le respect des droits relatifs à la navigation reconnus par le droit international, les Parties autorisent, dans leur mer territoriale et dans leurs ports, l'exploitation de stations terriennes de navire agréées, relevant du système de télécommunications maritimes spatiales mis en place par l'Organisation internationale de télécommunications maritimes par satellites (INMARSAT) et installées selon les normes sur des navires battant pavillon de toute autre Partie (ci-après dénommées «stations terriennes INMARSAT de navires»).

2. Cette autorisation est à tout moment limitée à l'utilisation par les stations terriennes INMARSAT de navires des fréquences du système mobile maritime par

INTERNATIONALE VER-
EINBARUNG ÜBER DIE
NUTZUNG VON INMAR-
SAT-SCHIFFS-ERDFUNK-
STELLEN INNERHALB
DES KÜSTENMEERS UND
IN HÄFEN

Präambel

Die Staaten, die Vertragsparteien dieser Vereinbarung sind (im folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet) —

in dem Wunsch, die in Empfehlung 3 der Internationalen Konferenz von 1975 bis 1976 über die Errichtung eines Internationalen Seefunksatellitensystems angestrebten Ziele zu erreichen, und

entschlossen, die Not- und Sicherheitsfunkverbindungen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, die Leistungsfähigkeit und den Einsatz von Schiffen zu verbessern —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Nach Maßgabe dieser Vereinbarung und im Einklang mit den völkerrechtlich anerkannten Schiffsverkehrsrechten gestatten die Vertragsparteien in ihrem Küstenmeer und in ihren Häfen den Betrieb zugelassener Schiffs-Erdfunkstellen, die zu dem von der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) bereitgestellten See-Weltraumfunksystem gehören und auf Schiffen, welche die Flagge einer anderen Vertragspartei führen, ordnungsgemäß installiert sind (im folgenden als „INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen“ bezeichnet).

(2) Eine solche Erlaubnis ist stets auf die Nutzung von Frequenzen des beweglichen Seefunkdienstes über Satelliten durch die INMARSAT-Schiffs-Erd-

to compliance by the INMAR-SAT Ship Earth Station with the applicable Radio Regulations of the International Telecommunication union and the conditions set forth in Article 2 of this Agreement.

satellite et sous réserve du respect par lesdites stations des dispositions pertinentes du règlement des radiocommunications de l'Union internationale des télécommunications et des conditions énoncées à l'Article 2 du présent Accord.

funkstellen beschränkt und gilt vorbehaltlich der Einhaltung der anzuwendenden Vollzugsordnung für den Funkdienst der Internationalen Fernmelde-Union und des Artikels 2 dieser Vereinbarung durch die INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen.

Article 2

(1) The operation of INMAR-SAT Ship Earth Stations shall be subject to the following conditions:

- (a) it shall not be prejudicial to the peace, good order and security of the Coastal State;
- (b) it shall not cause harmful interference to other radio services operating within the boundaries of the Coastal State's territory;
- (c) it shall give priority to distress and safety transmissions in accordance with relevant international conventions and, in particular, the Radio Regulations of the International Telecommunication Union;
- (d) safeguard measures shall be taken, subject to relevant safety regulations, during the operation of INMAR-SAT Ship Earth Stations in an area containing the presence of explosive gases, in particular during operations relating to oil and other inflammable substances;
- (e) INMARSAT Ship Earth Stations shall be subject to inspection by the authorities of the Coastal State at the latter's request, without prejudice to the navigational rights established under international law.

(2) In this Agreement, "Coastal State" means the State in whose territorial sea and ports the INMARSAT Ship Earth Station,

Article 2

1. L'exploitation des stations terriennes INMARSAT de navires est soumise aux conditions suivantes:

- a) elle n'est pas préjudiciable à la paix, au bon ordre et à la sécurité de l'Etat côtier;
- b) elle ne crée pas d'interférences nuisibles avec les autres services de radio exploités dans les limites du territoire de l'Etat côtier;
- c) elle donne priorité aux transmissions de détresse et de sécurité conformément aux conventions internationales pertinentes et notamment au Règlement des radiocommunications de l'Union internationale des télécommunications;
- d) des mesures de sécurité sont prises, compte tenu des règlements de sécurité pertinents, lors de l'exploitation de stations terriennes INMARSAT de navires dans une zone où l'on se trouve en présence de gaz explosifs et particulièrement lors d'opérations touchant au pétrole ou aux autres substances inflammables;
- e) les stations terriennes INMARSAT de navires sont passibles d'un contrôle de la part des autorités de l'Etat côtier à la demande de celui-ci, sans préjudice des droits relatifs à la navigation reconnus par le droit international.

2. Au sens du présent Accord, l'expression « Etat côtier » désigne l'Etat dans la mer territoriale et les ports duquel la station terrienne

Artikel 2

(1) Der Betrieb der INMAR-SAT-Schiffs-Erdfunkstellen unterliegt den folgenden Bedingungen:

- a) er darf den Frieden, die gute Ordnung und die Sicherheit des Küstenstaates nicht beeinträchtigen;
- b) er darf keine schädlichen Störungen anderer Funkdienste verursachen, die innerhalb der Grenzen des Hoheitsgebiets des Küstenstaates betrieben werden;
- c) er hat im Einklang mit einschlägigen internationalen Übereinkünften und insbesondere der Vollzugsordnung für den Funkdienst der Internationalen Fernmelde-Union Not- und Sicherheitsaussendungen Vorrang einzuräumen;
- d) während des Betriebs von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen in einem Gebiet, in dem explosive Gase vorhanden sind, insbesondere während Arbeiten im Zusammenhang mit Öl und anderen feuergefährlichen Stoffen, müssen unter Einhaltung einschlägiger Sicherheitsvorschriften Schutzmaßnahmen ergriffen werden;
- e) INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen unterliegen auf Antrag des Küstenstaats der Prüfung durch dessen Behörden; völkerrechtlich anerkannte Schiffsfahrtsrechte bleiben unberührt.

(2) In dieser Vereinbarung bezeichnet „Küstenstaat“ den Staat, in dessen Küstenmeer und Häfen die INMARSAT-Schiffs-

subject to the provisions of this Agreement, is operating.

INMARSAT de navires est exploitée conformément avec les dispositions du présent Accord.

Erdfunkstellen unter Einhaltung dieser Vereinbarung betrieben werden.

Article 3

Parties may, without prejudice to navigational rights established under international law, restrict, suspend or prohibit the operation of INMARSAT Ship Earth Stations in ports and areas of territorial sea specified by them. Without prejudice to the entry into force of such restriction, suspension or prohibition, as determined by the Party, it shall be notified to the Depositary of this Agreement as soon as possible.

Article 3

Sans préjudice des droits relatifs à la navigation reconnus par le droit international, les Parties peuvent limiter, suspendre ou interdire l'exploitation des stations terriennes INMARSAT de navires dans les ports et les zones de la mer territoriale qu'elles auront désignées. Ces limitations, suspensions ou interdictions telles que décidées par la Partie concernée, sont notifiées au Dépositaire du présent Accord aussi rapidement que possible. Elles entrent en vigueur indépendamment de ladite notification.

Artikel 3

Die Vertragsparteien können unbeschadet der völkerrechtlich anerkannten Schifffahrtsrechte den Betrieb von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen in von ihnen bestimmten Häfen und Gebieten des Küstenmeers einschränken, vorübergehend einstellen lassen oder untersagen. Unbeschadet des Wirksamwerdens einer solchen von der Vertragspartei beschlossenen Einschränkung, vorübergehenden Einstellung oder Untersagung wird diese so bald wie möglich dem Verwahrer dieser Vereinbarung notifiziert.

Article 4

Without prejudice to distress and safety communications, the permission referred to in paragraph (1) of Article 1 of this Agreement may be limited to the rights which the flag State grants under paragraph (1) of Article 1 within its territorial sea and ports to the ships of the Coastal State concerned.

Article 4

Sans porter atteinte aux communications de détresse et de sécurité, l'Etat côtier peut, dans le cadre de l'autorisation mentionnée au paragraphe 1^{er} de l'article 1^{er} de présent Accord, limiter les droits accordés aux navires de l'Etat du pavillon à ceux concédés par ce dernier, dans sa mer territoriale et dans ses ports, aux navires de l'Etat côtier en vertu du même paragraphe.

Artikel 4

Unbeschadet des Not- und Sicherheitsfunkverkehrs kann die in Artikel 1 Absatz 1 bezeichnete Erlaubnis auf die Rechte begrenzt werden, die der Flaggenstaat nach Artikel 1 Absatz 1 den Schiffen des betreffenden Küstenstaats innerhalb seines Küstenmeers und seinen Häfen gewährt.

Article 5

Nothing in the present Agreement shall be construed as preventing the granting of any wider facilities by a Party in respect of the operation of INMARSAT Ship Earth Stations.

Article 5

Rien dans le présent Accord ne doit être interprété comme pouvant empêcher l'octroi de plus amples facilités par une Partie quant à l'exploitation des stations terriennes INMARSAT de navires.

Artikel 5

Diese Vereinbarung ist nicht so auszulegen, als hindere sie eine Vertragspartei daran, in bezug auf den Betrieb von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen umfassendere Erleichterungen zu gewähren.

Article 6

This Agreement shall not apply to warships and other government ships operated for non-commercial purposes.

Article 6

Le présent Accord ne s'applique pas aux navires de guerre et aux autres navires d'Etat utilisés à des fins non commerciales.

Artikel 6

Diese Vereinbarung gilt nicht für Kriegsschiffe und andere Staatsschiffe, die für nichtkommerzielle Zwecke betrieben werden.

Article 7

(1) Any State may become Party to this Agreement by:
(a) signature; or
(b) signature subject to ratification, acceptance or appro-

Article 7

1. Tout Etat peut devenir Partie de cet Accord par:
a) signature; ou
b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation

Artikel 7

(1) Ein Staat kann Vertragspartei dieser Vereinbarung werden,
a) indem er sie unterzeichnet,
b) indem er sie vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme

val, followed by ratification, acceptance or approval; or

(c) accession or adhesion.

(2) This Agreement shall remain open for signature in London from 1 January 1986 until it enters into force and shall thereafter remain open for accession or adhesion.

Article 8

(1) This Agreement shall enter into force thirty (30) days after the date on which twenty-five (25) States have become Parties.

(2) For a State whose instrument of ratification, acceptance, approval, accession or adhesion is deposited after the date on which this Agreement enters into force, this Agreement shall enter into force on the date of such deposit.

Article 9

A Party may withdraw from this Agreement at any time by notification to the Depositary. Such withdrawal shall take effect ninety (90) days after the date of receipt by the Depositary of the Party's written notification to withdraw.

Article 10

(1) The Director General of INMARSAT shall be the Depositary of this Agreement.

(2) The Depositary shall, in particular, promptly notify all Parties to this Agreement of:

- (a) any signature of this Agreement;
- (b) the date of entry into force of this Agreement;
- (c) any deposit of instruments of ratification, acceptance, approval, accession or adhesion;
- (d) the date on which a State has ceased to be a Party to this Agreement;

ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation: ou

(c) accession ou adhésion.

2. Le présent Accord reste ouvert à la signature, à Londres à partir du 1^{er} janvier 1986 jusqu'à son entrée en vigueur. Il demeure ensuite ouvert à l'accession ou à l'adhésion.

Article 8

1. Le présent Accord entre en vigueur trente (30) jours après la date à laquelle vingt-cinq (25) Etats deviennent Parties.

2. Pour l'Etat dont les instruments de ratification, d'acceptation, d'accession ou d'adhésion sont déposés après la date à laquelle le présent Accord entre en vigueur, ledit Accord entre en vigueur à la date à laquelle est fait ce dépôt.

Article 9

Une Partie peut, par notification adressée au Dépositaire, se retirer de l'Accord à tout moment. Ce retrait prend effet quatre-vingt-dix (90) jours après la date de réception par le Dépositaire de la notification écrite par la Partie de se retirer.

Article 10

1. Le Directeur Général d'INMARSAT est le Dépositaire du présent Accord.

2. En particulier, le Dépositaire informe au plus tôt toutes les Parties au présent Accord:

- a) de toute signature de l'Accord;
- b) de la date de l'entrée en vigueur de l'Accord;
- c) de tout dépôt d'instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation, d'accession ou d'adhésion;
- d) de la date à laquelle une Partie a cessé d'être Partie du présent Accord;

oder Genehmigung unterzeichnet und später ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder

c) indem er ihr beitritt.

(2) Diese Vereinbarung liegt vom 1. Jänner 1986 bis zu ihrem Inkrafttreten in London zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

Artikel 8

(1) Diese Vereinbarung tritt dreißig (30) Tage nach dem Tag in Kraft, an dem fünfundzwanzig (25) Staaten Vertragsparteien geworden sind.

(2) Für einen Staat, dessen Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung hinterlegt wird, tritt diese Vereinbarung mit dem Tag der Hinterlegung in Kraft.

Artikel 9

Eine Vertragspartei kann durch Notifikation an den Verwahrer jederzeit von dieser Vereinbarung zurücktreten. Ein solcher Rücktritt wird neunzig (90) Tage nach Eingang der schriftlichen Rücktrittsnotifikation der Vertragspartei beim Verwahrer wirksam.

Artikel 10

(1) Der Generaldirektor der INMARSAT ist Verwahrer dieser Vereinbarung.

(2) Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien dieser Vereinbarung umgehend

- a) jede Unterzeichnung dieser Vereinbarung,
- b) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung,
- c) jede Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden,
- d) den Zeitpunkt des Ausscheidens eines Staates als Vertragspartei dieser Vereinbarung,

(e) any other notifications and communications relating to this Agreement.

e) des autres notifications et communications ayant trait au présent Accord.

e) alle anderen Notifikationen und Mitteilungen im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung.

(3) Upon entry into force of this Agreement, the Depositary shall transmit a certified copy to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. At the same time, the Depositary shall transmit a certified copy of this Agreement to the International Telecommunication Union and to the International Maritime Organization.

3. Lors de l'entrée en vigueur de l'Accord, le Dépositaire en transmet une copie certifiée conforme au Secrétaire Général de l'Organisation des Nations-Unies pour enregistrement et publication, conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations-Unies. Le Dépositaire transmet, en même temps, une copie de l'Accord certifiée conforme à l'Union internationale des télécommunications et à l'Organisation maritime internationale.

(3) Sogleich nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung übermittelt der Verwahrer dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen. Gleichzeitig übermittelt der Verwahrer der Internationalen Fernmelde-Union und der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation eine beglaubigte Abschrift dieser Vereinbarung.

Article 11

This Agreement is established in a single original in the English, French, Russian and Spanish languages, all the texts being equally authentic, and shall be deposited with the Depositary, who shall send a certified copy to Parties.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

DONE AT LONDON on this sixteenth day of October of the year One Thousand Nine Hundred and Eighty Five.

Article 11

Le présent Accord est établi en un seul exemplaire en langues anglaise, française, russe et espagnole, tous les textes faisant également foi, et est déposé auprès du Dépositaire qui adresse une copie certifiée conforme aux Parties.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT A LONDRES ce seize octobre mil neuf cent quatre-vingt cinq.

Artikel 11

Diese Vereinbarung ist in einer Urschrift in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; sie wird beim Verwahrer hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Vereinbarung unterschrieben.

GESCHEHEN ZU LONDON am 16. Oktober 1985.

Die Vereinbarung wurde gemäß Artikel 6 Absatz 1 lit. a am 11. Juni 1990 unterzeichnet; die Vereinbarung ist gemäß ihrem Artikel 8 Absatz 1 mit 12. September 1993 in Kraft getreten.

Nach Mitteilung des Generaldirektors der INMARSAT haben folgende weitere Staaten die Vereinbarung unterzeichnet bzw. ratifiziert:

Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Indien, Indonesien, Italien, Kanada, Katar, Kuwait, Niederlande (für das Königreich in Europa), Norwegen, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Singapur, Spanien, Südafrika und Vereinigtes Königreich.

Frankreich hat nachstehende Erklärung abgegeben: „Anlässlich der ohne Vorbehalt der Genehmigung erfolgten Unterzeichnung der Internationalen Vereinbarung über die Nutzung von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen innerhalb des Küstenmeers und in Häfen, angenommen in London am 16. Oktober 1985 bei der 4. Sitzung der Versammlung der Vertragsparteien von INMARSAT, erklärt die Regierung der Französischen Republik, daß sie die Absicht hat, unter strikter Beachtung der Bestimmungen der Artikel 3 und 4 der genannten Vereinbarung, den Betrieb des INMARSAT-Systems in ihren Häfen und in ihren Küstengewässern immer dann einzuschränken, wenn es die Umstände erfordern.“

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 259,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 359,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch, in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 2,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 10,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.